

INFOPERU Nr. 57

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

25.07.2018

Inhaltsverzeichnis:

1. [Editorial \(H. Willer\)](#)
2. Korruption unter hohen Richtern aufgedeckt
3. Ceviche si, Petróleo no
4. Amazonas-Wasser-Strasse: ein Fluss, der lebt
5. Grosser Lithium-Fund in Puno
6. Ayahuasca-Boom und ein mysteriöser Doppelmord
7. Begnadigung Fujimori: ein schwaches Urteil aus Costa Rica
8. Warum Deutschland die ILO-Konvention nicht unterzeichnet
9. Peru wird Einwanderungsland
10. Die Infostelle gratuliert Kardinal Barreto
11. Streit um Flughafenbau in Cusco
12. Me too-Debatte und sexueller Missbrauch an (indigenen) Kindern
13. [Weltwärts-Bewerbung läuft!](#)

1. Editorial Infoperu 57

Liebe Leserin, lieber Leser des InfoPeru,

in den letzten beiden Monaten erleben wir bewegte Zeiten in Peru. Nicht nur die üblichen Polit-Aufreger, von denen ein paar Tage später niemand mehr spricht. Sondern zwei Ereignisse haben das kulturelle und politische Leben Perus in den letzten Monaten geprägt, an die man sich auch in einigen Jahren noch erinnern wird.

Da war zum einen die erste Teilnahme einer peruanischen Nationalmannschaft an der Fußball-WM nach 36 Jahren. Zwar machten sich die wenigsten Hoffnungen, dass Peru über die erste Runde hinauskommen könne, aber das Dabeisein selber löste eine ungekannte Euphorie im fußballverrückten Peru aus. Zugleich zeigte die große Zahl von peruanischen Fans, die nach Russland fuhren, um ihre Mannschaft anzufeuern, dass in Peru doch eine Mittelschicht gewachsen ist, die sich dieses leisten kann. Auch wenn einige für die Reise eine Hypothek auf ihre Wohnung aufgenommen oder sich ihre Betriebsrenten auszahlen ließen – so munkelt man zumindest. Die peruanische Mannschaft ist dann zwar in der Vorrunde ausgeschieden. Allerdings äußerst ehrenhaft, mit einer Niederlage gegen den späteren Weltmeister Frankreich und einem Sieg gegen den

späteren Vizeweltmeister Kroatien. Die PeruanerInnen sind zufrieden mit der Leistung ihres Teams, die peruanischen Fans sind Sympathie-Weltmeister in Russland geworden, und alle schauen gespannt auf 2022.

Das zweite Ereignis, das Perus Gesellschaft, Politik und vor allem Justiz bis heute aufwühlt, sind die Telefonmitschnitte peruanischer hoher RichterInnen, welche das Rechercheportal IDL-Reporteros seit zwei Wochen veröffentlicht. Einige vergleichen die sogenannten „CNM Audios“ (nach dem darin kompromittierten Richterausschuss Consejo Nacional de la Magistratura) mit den Vladi-Videos vor nun bald 19 Jahren. Damals hatten die Videos, wie Präsidentenberater Montesinos ganz ungeniert Meinungen und Stimmen von Politikern und Medienmachern gekauft, eine der wichtigsten Anti-Korruptions-Bemühungen in Peru ausgelöst. Das Perfide an der Korruption ist ja, dass man es irgendwie weiß, aber nicht beweisen kann. Deshalb sind „geleakte“ Film- oder Tonaufnahmen unschätzbar, weil sie der Entrüstung der BürgerInnen einen Boden geben und sie aus der Lethargie des "Es sind ja doch alle korrupt" aufwecken.

Die Bilanz der CNM-Audios und der daraus resultierenden öffentlichen Empörung kann sich auch sehen lassen: ein Justizminister und der oberste Richter sind zurückgetreten, alle RichterInnen aus dem Richterausschuss abgesetzt, ein anderer Richter verhaftet. Allerdings braucht es einen langen Atem, um nicht nur Personen auszuwechseln, sondern eine tatsächliche Reform des Justizwesens in Angriff zu nehmen.

Schliesslich noch ein Hinweis in eigener Sache: die Infostelle Peru kann man auch in Twitter und in Facebook finden. Ueber Twitter verbreitet die Infostelle Peru regelmässig Peru-Nachrichten anderer Medien, sofern Ihr ein Twitter-Konto habt: follow us!

Hildegard Willer

2. Korruption unter hohen Richtern aufgedeckt

„Ist sie entjungert worden? Willst Du einen Freispruch oder eine Strafminderung?“, fragt Richter César Hinostroza seinen Gesprächspartner am Telefon. Es geht um den Fall eines angeklagten Vergewaltigers eines 11-jährigen Mädchens. Offensichtlich verhandelt der Richter im Vorfeld die Strafe nach der Wichtigkeit und dem Einfluss seines Gesprächspartners.

Dies ist nur der erste und emotionalste von vielen Telefonmitschnitten, die das Rechercheportal IDL-Reporteros seit Mitte Juli auf seiner Webseite veröffentlicht und damit einen Welle der Empörung in der peruanischen Öffentlichkeit ausgelöst hat.

Bisher zeigen die Enthüllungen bereits konkrete Folgen: nicht nur Richter Hinostroza wurde vom Dienst suspendiert, Richter Ríos eingesperrt und der Justizminister trat zurück; sondern alle Mitglieder des in den Mitschnitten ebenfalls kompromittierten „Consejo Nacional de la Magistratura“ wurden vom Parlament abgesetzt. Der „Consejo Nacional de la Magistratura“ ist für die Ernennung und Beförderung der RichterInnen und StaatsanwältInnen zuständig.

Angesichts der Vielzahl von geleakten Mitschnitten, die die Korruption des Justizwesens zeigen, hat auch der Oberste Richter Perus, Duberli Rodriguez, seinen Rücktritt bekanntgegeben.

Dass man in Peru sein Urteil kaufen kann, weiß jeder. Die Korruption im Justizwesen ist nichts Neues – aber erst mit den geleakten Telefonmitschnitten ist diese Korruption wirklich nachweisbar.

Am Abend des 19. Juli gingen Zehntausende in Lima und anderen peruanischen Städten auf die Straße, um gegen die Korruption im Justizwesen zu protestieren. Präsident Vizcarra unterstützte bisher die Proteste, allerdings hat er im Parlament in der Fujimori-Fraktion starke GegnerInnen einer tatsächlichen Justizreform. Personen aus dem nahen Umfeld von Keiko Fujimori haben mit den nun korruptierten Richtern zusammengearbeitet.

Als erste Maßnahme wurde eine neue Kommission eingerichtet, die Vorschläge für eine Reform des Justizwesens ausarbeiten soll. Die Mitglieder der Kommission sind ehrenwerte Juristen – allerdings gab es bereits viele Kommissionen, die an einer Justizreform gearbeitet haben. Die tollen Vorschläge wurden halt nie umgesetzt. (Auch die Wahrheits- und Versöhnungskommission, die den internen Krieg in Peru von 1982 – 2000 aufgearbeitet hatte, empfahl bereits im Jahr 2003 eine umfassende Justizreform. Keiner der seitdem amtierenden fünf Präsidenten – Alejandro Toledo, Alan García, Ollanta Humala, Pedro Pablo Kuczynski und Marín Vizcarra – hat irgendwelche Anstrengungen zur Umsetzung dieser Empfehlung unternommen. – Anm. des Korrektors) Dieses Mal ist der Aufschrei in der Bevölkerung wirklich groß und es besteht Hoffnung, dass jetzt endlich die Korruption im Justizwesen wirksam angegangen wird.

Ein „Erfolg“ sind die „Audios“ (Telefonmitschnitte) auf jeden Fall für die JuristInnen und JournalistInnen des Menschenrechtsinstitutes IDL. Das IDL war lange Jahre einsamer Rufer in der Wüste, hat die Finger immer wieder auf die Korruption bei RichterInnen und StaatsanwältInnen gelegt. Aufgrund dieser langen Arbeit waren sie auch erste Ansprechperson für die WhistleblowerInnen aus dem Justizapparat, welche die Mitschnitte an die Öffentlichkeit bringen wollten.

Die Mitschnitte kamen übrigens aufgrund einer richterlichen Anordnung zustande, also ganz legal. Eigentlich ging es um einen Drogenfall – dass dabei die kompromettierenden Gespräche der hohen Richter mit aufgezeichnet wurden, war sozusagen ein Nebeneffekt.

Hildegard Willer

3. Ceviche sí - petróleo no! Erdoelfoerderung im Pazifik ?

Die Erdölförderung im nordperuanischen Pazifik wurde gerade nochmal abgewendet. Andreas Baumgart erklärt die Hintergründe.

In dem folgenden Artikel „Ceviche sí, petróleo no“, der erstmals in der Zeitschrift *ila* vom Juni 2018 erschienen und auch online zugänglich ist*, wurden die verschiedenen problematischen Aspekte der Erdölförderung im Nordpazifik beschrieben. Vorweg ergänze ich noch einige Informationen zur aktuellen Entwicklung. Am 23. Mai hatte der neue peruanische Präsident Martin Vizcarra 5 von Pedro Pablo Kuczynski erlassene Dekrete aufgehoben, die der Firma Tullow die Genehmigung zur Erforschung und Ausbeutung von 5 Erdölfeldern im Nordpazifik erteilten. PPKs Dekrete hatten für viel politischen und sozialen Widerspruch gesorgt und die Problematik der Offshore-Ölförderung ins öffentliche Bewusstsein gebracht.

Nach der Rücknahme steht die Regierung unter dem Druck einer starken Offensive seitens der Erdölproduzenten und deren Organisationen. Sie beklagen die niedrige Rentabilität in der Ölförderung, die vermeintlich zu hohen bürokratischen und steuerlichen Hürden, die sozialen Konflikte und eine investitionshemmende Ungewissheit in Hinblick auf die maritime Ausbeutung von Kohlenwasserstoffen. Sie verweisen auf die großen ungenutzten Reserven und die tausenden schon existierenden und wieder versiegelten Bohrlöcher im nördlichen Pazifik. Unter anderem wird argumentiert, dass Peru gerade einmal 49000 Barrel täglich produziere, während im ganzen Land 200000 verbraucht würden. Dies zwingt Peru zum Import von Erdöl.

Trotz der Rücknahme der Dekrete, hat die neue peruanische Regierung ein großes Interesse an einer verstärkten Offshore-Ausbeutung und an guten Beziehungen zu den Investoren. Das zeigt sich auch in der Ernennung von Eduardo Alfredo Guevara Dodds zum Vizeminister für Kohlenwasserstoffe und Seferino Yesquén zum Präsidenten von Perupetro Mitte Juni dieses Jahres. Der peruanische Verband für Kohlenwasserstoffe, „Sociedad Peruana de Hidrocarburos“ (SNMPE), der die Interessen der Ölindustrie vertritt, begrüßte ausdrücklich diese „lange erwarteten“ Personalien: „Diese Ernennungen stärken die Erdöl- und Erdgasindustrie. Beide sind Professionelle mit anerkanntem Werdegang und werden ihre Erfahrung einbringen, um eine konkurrenzfähige Industrie aufzubauen, die Produktion von Erdöl zu erhöhen, mehr Investitionen anzulocken und um neue Verträge zur Erkundung und Ausbeutung unterzeichnen.“*

Seit dem 13. Juni führt der Präsident der staatlichen Perupetro, Seferino Yesquén, Gespräche mit Tullow Oil über die Exploration und Förderung der umstrittenen 5 Felder und hat angekündigt, gemeinsam mit der Firma einen neuen Prozess der zivilgesellschaftlichen Beteiligung in Angriff zu nehmen.

Am 17. Juni überraschte der Geschäftsführer der Beratungsfirma Enerconsult, Carlos Gonzales in der peruanischen Regionalzeitung El Tiempo die Öffentlichkeit mit der folgenden These über die Hintergründe der Fischerei-Proteste und schleppenden Offshore-Produktion: „Weil es sich um Drogenrouten handelt, passt es ihnen nicht, dass das Meer erkundet wird, weil das zur Kontrolle führt.“ Hinter den sozialen Konflikten, die Vizcarra zur Rücknahme der Dekrete von PPK zwang, stünden sowohl die Drogenmafia als auch die illegale Fischerei. Legale Förderaktivitäten müssten mit verstärkter maritimer Überwachung durch Patrouillenboote und verbesserten Sicherheitsstrukturen in den Häfen abgesichert werden. Daher hätten beide kein Interesse an legaler Erdölförderung. Menschen mit guten Absichtswürden dabei der Mafia nur in die Hände spielen.*

Es ist in der Tat nicht auszuschließen, dass die Drogenmafia im Interessenskampf mitspielt. Die wichtigsten Drogenrouten aus Peru haben sich in der letzten Zeit vom Lufttransport auf den Seetransport verlagert. Neben dem Hafen Callao bei Lima, derzeit noch wichtigster Ausgangspunkt der Drogentransporte in die Welt, wird der Hafen von Paita im nördlichen Departement Piura immer wichtiger und beliebter. Er verfügt weder über die nötige technische und polizeiliche Ausrüstung noch das spezialisierte Personal für die Drogenfahndung.* Die Drogenroute im pazifischen Norden führt auch durch die Ölförderregionen und Fanggründe der illegalen Fischerei. Siehe Link zur interaktiven Karte* Das delegitimiert allerdings nicht den Kampf gegen jegliche

Offshore-Förderung, die verheerende Konsequenzen für Menschen und Umwelt mit sich bringen kann und wird. Diese schließt der Lobbyist Gonzales gemeinsam mit seinen Finanziers aus der Ölindustrie vollständig aus. Die Förderregionen befänden sich in tiefem Wasser weit außerhalb der Küstenzonen und könnten deshalb auch die handwerkliche Fischerei und die Fauna und Flora nicht beeinträchtigen, so SNMPE.

Ein hoffnungsstiftendes Signal für die maritime Fauna und Flora wurde durch die neue Umweltministerin Fabiola Muñoz im Juni gesetzt: Sie hat den Beginn der Etappe der Konsultationen mit der Zivilgesellschaft über die seit 2013 angestrebte Schaffung des Naturreservats „Reserva Nacional Mar Tropical de Grau“ angekündigt. Naturreservate schützen zwar nicht grundsätzlich vor Nutzung der Maritimen und unterirdischen Ressourcen, legen aber strengere Kriterien und Kontrollen sowie Einschränkungen der Ausbeutung fest. Das neue Reservat soll neben der Fauna und Flora vor allem die handwerkliche Kleinfischerei und den Umwelttourismus schützen und die illegale Fischerei unterbinden. Das Gebiet umfasst 115 675.89 ha und bezieht Orte wie Isla Foca, El Ñuro, Banco de Máncora und die Riffe von Punta Sal mit ein.*

Andreas Baumgart

*<https://www.ila-web.de/ausgaben/416/ceviche-s%C3%AD-petr%C3%B3leo-no>

* <https://gestion.pe/economia/sph-plantea-prioridades-nuevo-viceministro-hidrocarburos-233767>

* <http://eltiempo.pe/gerente-enerconsult-narcotrafico-pesca-negra-detras-conflictos-petrolerosgp/>

* <https://larepublica.pe/sociedad/893518-narcotrafico-en-paita-crece-por-inexistente-proyecto-antidrogas>

* Interaktive Karte der Routen: [https://www.thinglink.com/scene/937877378007302146?](https://www.thinglink.com/scene/937877378007302146?buttonSource=viewLimits)

buttonSource=viewLimits

* <http://www.actualidadambiental.pe/pacificotropical/>

5. Amazonas-Wasserstrasse: ein sinnvolles Projekt ?

Im peruanischen Regenwald ist ein Grossprojekt mit unvorhersehbaren Auswirkungen in Planung: die amazonische Wasserstrasse. 2018 soll mit dem Bau begonnen werden. Wo steht das Projekt heute?

Das Projekt

Die Amazonas-Wasserstrasse (Hidrovia Amazónica) soll die Schifffahrt auf 2687 km an 365 Tagen im Jahr „sicher, verlässlich, wirtschaftlich und effizient“ machen und so zur Entwicklung des

Personen- und Warentransportes sowie des regionalen, nationalen und internationalen Handels beitragen, indem es Kosten und Transferzeiten reduziert. Konkret sollen in den Flüssen Ucayali, Huallaga, Marañón und Amazonas 13 Stellen ausgebaggert werden, die während der Monate Juli bis Oktober für grosse Schiffe zu wenig Wasser führen. Im September 2017 vergab der peruanische Staat die Konzession für das Vorhaben an das chinesisch-peruanische Konsortium Concesionaria Hidrovía Amazónica (Cohidro).

Ein Fluss – was ist das?

Die vorhandenen Wasserstrassen nutzen und verbessern, statt Regenwald abzuholzen, um Strassen zu bauen, ist grundsätzlich sinnvoll. Den Fluss nur als Wasserstrasse zu sehen, ist jedoch eine enorm reduzierte Sichtweise. „Nicht alle Menschen und Kulturen sehen den Fluss nur als Wasserrinne. Für die indigene Bevölkerung ist der Fluss der Ort, wo sie wohnen, wo sie sich baden, woraus sie ihr Wasser nehmen, wo sie fischen, wo sie Beziehungen mit ihren Geistern eingehen. Der Fluss ist viel mehr als eine Wasserstrasse, der Fluss ist das Leben selbst“ sagen die beiden Missionare Manolo Berjón und Miguel Ángel Cadenas, die 20 Jahre bei Kukama-Indigenen am Marañón-Fluss gelebt haben.

In der Weltsicht der Kukama ist der Fluss ein Ort, wo Leute leben, wo es Städte gibt wie auf der Erde. Die Leute im Fluss leben gemeinsam mit den Tieren und Geistern. Die Kukama leben – wie andere indigene Völker im Amazonasgebiet – hauptsächlich vom Fischfang und familärer Landwirtschaft, die sie mit Kenntnissen über die Veränderungen des Flusses und des Wasserstandes betreiben. Meist ist der Fluss auch die Trinkwasserquelle.

Eine spirituell-kulturelle Landkarte des Flusses



Im Wasserlauf des unteren Marañón tauchen Geisterschiffe auf und manchmal auch der “Pelacaras”, ein grosser, böser Mann mit riesigen Schuhen, der den Leuten die Haut vom Gesicht zieht. Es gibt Städte unter dem Fluss und die Muyunas, Strudel, welche die Eingänge zu den Städten markieren. Es gibt Orte, die speziell für den Fischfang geeignet sind, andere wo gewaschen wird und es gibt Orte, an denen sich die Puruwa zeigt, die Schutzmutter aller Mütter im Fluss.

In den letzten fünf Jahren hat das Team von Radio Ucamara aus Nauta in Zusammenarbeit mit der Naturschutzorganisation WCS die Dörfer am unteren Lauf des Marañón zu für sie wichtigen Orten befragt und diese in einer “kulturell-spirituellen” Karte festgehalten. Die Karte zeigt die materiellen und spirituellen Beziehungen der Kukama mit dem Fluss auf. Sie soll als ein Instrument zur Verteidigung des Flusses sein – gegen die Hidrovía, aber gegen die Verschmutzung des Flusses durch die zahlreichen Erdöllecks und andere Bedrohungen.

“Für uns ist der Fluss die große Schlange, die sich bewegt, die lebt”, sagt der Kukama Leonardo Tello von Radio Ucamara anlässlich der Präsentation der Karte an der Technischen Universität von Lima. “Jeder Eingriff in den Fluss bedeutet, dass die Kommunikation der Schamanen mit den anderen Wesen gestört wird. Die Folge davon ist eine Schwächung der ganzen Bevölkerung“.

Mal baggern und dann schauen, was passiert

Die grundlegende Kritik an der Wasserstrasse ist die fehlende Klarheit über die Auswirkungen der Grabungen. Der Fluss lebt, mäandert, ist in ständiger Bewegung. Nicht nur das Wasser, auch die Sedimente. Die Menschen, die an und mit dem Fluss leben, wissen, dass die Untiefen sich je nach Jahreszeit und Wassermenge verändern. Sie wissen auch, dass die Stellen, die ausgebaggert werden sollen, genau jene sind, an denen sich verschiedene Fische zur Vermehrung zurückziehen.

Eine der Hauptsorgen der Indigenen ist daher, dass ihre Lebensgrundlage gefährdet ist, wenn durch das Ausbaggern der Fischbestand sinkt. Weitere Befürchtungen sind, dass sich die

Trinkwasserqualität durch das Aufwühlen der Sedimente verschlechtern und dass die Veränderung des Wasserlaufes zu vermehrten Überschwemmungen führen wird.

Die Millionen Kubikmeter Sedimente, die ausgegraben werden, sollen laut Plan der Firma an einem anderen Ort im Fluss deponiert werden. „Und was passiert beim nächsten Hochwasser?“, fragt der Amazonas-Experte Alberto Chirif¹. „Wo wird diese Erde enden? Oder geht man davon aus, dass sie sich brav dort stillhalten wird, wo sie abgelagert wurde, um der Umwelt und der Firma keine Probleme zu machen? Und was wird mit dem Erdöl geschehen, das in den letzten 50 Jahren in die Flüsse gelaufen ist und als Dekontaminierungsmassnahme mit chemischen Mitteln im Flussbett des Marañón gebunden wurde? Was wird geschehen, wenn diese Verschmutzung wieder aktiviert wird und in die Nahrungskette gelangt? Niemand weiss es und niemand will es sich vorstellen.“

Auch über die Auswirkungen aus wirtschaftlicher Sicht besteht keine Klarheit. „Es gibt keine Kosten-Nutzen-Analyse. Das einzige was man weiss, ist, dass die Firma Cohidro 95 Millionen US-Dollar investieren wird, aber wir wissen nicht, wie viel Geld den lokalen Handel begünstigen wird, und noch viel weniger, wie viel die indigenen Gemeinschaften davon profitieren werden“, sagte der Wirtschaftsanalyst José Carlos Rubio zum Online-Portal Mongobay².

Ohne Kampf keine Mitbestimmung

2013 reichte die indigene Organisation ACODECOSPAT Klage gegen den peruanischen Staat ein, weil sie zu dem Projekt nicht konsultiert worden waren. 2015 wurde die Klage gutgeheissen und eine Vorabkonsultation durchgeführt³. Nach abgeschlossener Vorabkonsultation wurde das Projekt ausgeschrieben und im Juli 2017 erhielt das Consorcio Hidrovías II⁴ den Zuschlag. Im September 2017 unterschrieb das peruanische Transport-Ministerium den Vertrag mit einer Laufzeit von 20 Jahren mit der Concesionaria Hidrovía Amazónica S.A. (Cohidro), ein Joint Venture zwischen der chinesischen Sinohydro Corporation Ltd. und der peruanischen Firma „Construcción y Administración S.A.“.

Der Konsultationsprozess „war kein interkultureller Dialog, sondern vielmehr ein Durchdrücken“, meint der Anwalt Juan Carlos Ruiz Molleda von Instituto de Defensa Legal. Er kritisiert vor allem die zu kurzen Fristen und die abstrakte Sprache, die der Realität der indigenen Gemeinschaften nicht angepasst waren. Dennoch: es gab auch positive Punkte. Einer davon ist die erreichte Vereinbarung, dass die betroffene Bevölkerung an der Erarbeitung der Umweltverträglichkeitsstudie beteiligt werden muss. Erst wenn diese von den zuständigen Behörden akzeptiert wird, kann mit den Grabungen begonnen werden.

Es fehlt an Daten, Zeit und interkultureller Sensibilität

Zurzeit ist die von Cohidro beauftragte Firma ECSA daran, die Umweltverträglichkeitsstudie zu erarbeiten. Ihr Plan, wie sie die Bevölkerung daran beteiligen will, wurde Mitte Februar von der zuständigen Behörde bewilligt. Ende Februar fand die erste Runde Workshops mit der Bevölkerung statt.

„Es besteht ein grosses Unwissen seitens der Ingenieure von ECSA, wie die Workshops mit der

1
2
3
4

Bevölkerung durchgeführt werden sollen. Bei den Präsentationen werden Bilder gezeigt, die nichts mit der Realität der indigenen Gemeinschaften zu tun haben, und es werden sogar Quechua-sprachige Übersetzer aufgebeten – im Amazonasgebiet, wo diese Sprache nicht gesprochen wird“, sagte Francisco Rivasplata der NGO DAR zum Onlineportal Mongabay.

Sowohl ORPIO wie auch die nationale Dachorganisation AIDSESEP hatten den Plan wegen fehlender Berücksichtigung interkultureller Aspekte schon vor Beginn der aktuellen Workshops angefochten. Sie kritisieren auch, dass bis jetzt weder Cohidro noch der Staat über eine Karte mit allen vom Projekt betroffenen indigenen Gemeinschaften verfügen. Die Beschwerden der indigenen Organisationen gegen den Plan waren bisher erfolglos.

ECSA arbeitet inzwischen weiter an der Umweltverträglichkeitsstudie. Der Umweltingenieur Jorge Abad der Technischen Universität UTEC kritisiert das Vorgehen: „Es wird an der Umweltverträglichkeitsstudie gearbeitet, aber es fehlt an grundlegender Information. Zuerst müsste eine Messbasis erstellt werden.“ Auch ECSA anerkennt, dass die Datenlage über das Flusssystem ungenügend ist, weist jedoch darauf hin, dass es in der Zeit, die für die Erarbeitung der Studie zur Verfügung steht, unmöglich ist, alle fehlenden Informationen zu erheben. „Wir machen das bestmögliche mit der vorhandenen Information“, sagten die Sprecher der Firma.

Zweiter Konsultationsprozess gefordert

Jorge Pérez von ORPIO glaubt nicht, dass die Umweltverträglichkeitsstudie eine befriedigende Antwort auf die Frage nach der Beeinträchtigung der Fischerei und die weiteren Bedenken geben wird. Deshalb hat ORPIO bereits Mitte März verlangt, dass die Umweltverträglichkeitsstudie ebenfalls einer Konsultation unterzogen werden soll. Die Möglichkeit dafür wurde in den Vereinbarungen der 2015 durchgeführten Vorabkonsultation festgehalten. Eine Antwort der Behörden auf die Forderung steht noch aus.

Unter ExpertInnen in Sachen indigene Rechte wird heftig darüber debattiert, zu welchem Zeitpunkt eines Projekts und zu welchen Projektunterlagen die Vorabkonsultation (free prior, informed consent) stattfinden soll. Findet die Konsultation früh statt, gibt es meist noch zu wenig konkrete Informationen, um eine „informierte Meinung“ bilden zu können, wird erst konsultiert, wenn der Vertrag schon unterschrieben ist und die Umweltverträglichkeitsstudie und weitere Dokumente vorliegen, ist es keine „Vorab“-Konsultation mehr. Logische Folgerung für viele ist daher, dass es Standard sein müsste, dass ein Projekt in verschiedenen Phasen einen Konsultationsprozess durchlaufen muss. Eine Forderung, die hier in Peru momentan politisch so gut wie keine Chancen hat.

Das Misstrauen bleibt

„Das Projekt beginnt, wie alle in Peru, schlecht, weil der wissenschaftliche Ansatz fehlt. Es ist vielmehr ein Management-Thema und gut für die Regierung. Aber ich glaube, die wissenschaftliche Sichtweise müsste Vorrang haben. Es ist etwas anderes, eine Strasse zu bauen oder ein Flussbett auszugraben. Nicht nur wegen der Sedimente, sondern weil es der Lebensraum verschiedener Arten ist, die auf dem Grund des Flusses leben. Die Vorgehensweise macht mir Sorgen, denn das Amazonasgebiet ist ein Erbe für die ganze Welt“, sagt der Umweltingenieur Abad.

Der Amazonas-Experte Alberto Chirif formuliert seine Bedenken etwas weniger neutral: „Ist dieses

Projekt Ausdruck von guten Absichten – die Schifffahrt auf den Flüssen zu verbessern – , welche lediglich ohne jegliche Kenntnisse über die Dynamik der Flüsse und die wirtschaftliche und soziale Situation im Amazonasgebiet formuliert wurden, oder ist es vielmehr – wie die Interoceanica Sur – eine Initiative, deren Zweck sie selbst ist, sowie die Gelder, die unter dem Tisch bezahlt werden, um die Erwartungen der Firmen und die Gier der Beamten zu befriedigen?

Spätestens wenn – voraussichtlich im November dieses Jahres – die Umweltverträglichkeitsstudie abgeschlossen ist, wird das Projekt in die nächste heisse Phase gelangen.

Flurina Doppler (Ethnologin, Fachkraft von Comundo beim Forum Solidaridad Perú

www.servindi.org/actualidad-noticias/07/03/2018/hidrovia-amazonica-malos-calculos-u-otro-cuento-como-la-interoceanica

In einer Machbarkeitsstudie, die das Transportministerium 2005 für das Teilstück Yurimaguas bis zum Zusammenfluss von Huallaga und Marañón erstellte, werden die Investitionskosten (für die Ausgrabungen und die Signalisierungen) sowie die Unterhalts- und Betriebskosten dem prognostizierten Nutzen gegenübergestellt. Die Möglichkeit von negativen wirtschaftlichen Effekten wie beispielsweise Einkommens- (und Ernährungs-) Einbussen wegen vermindertem Fischbestand oder dem Ausfall von Landwirtschaftsproduktion wegen Überschwemmungen wurden in die Berechnung nicht einbezogen. Ebenso wenig potenziell negative Auswirkungen auf den lokalen Handel wegen zu hoher Gebühren für die Schiffe.

Gegenstand der Konsultation waren die vom Transportministerium vorgeschlagenen Vorgaben (Terms of Reference) für die Erarbeitung der Umweltverträglichkeitsstudie.

Ein Konsortium der chinesischen Firma Sinohydro Corporation Ltd. und der peruanischen Firma Construcción y Administración S.A.

5. Grosser Lithium-Fund in Puno

Lithium – das gab es bisher nur in Argentinien, Chile und Bolivien. Und neu jetzt auch in Puno, Peru.

Mitte Juli gab die kanadische Firma Macusani Yellowcake, eine Filiale der kanadischen Plateau Energy, bekannt, dass sie auf der Hochebene von Macusani (Departament Puno) 2,5 Millionen Tonnen hochwertiges Lithium gefunden habe. Damit wäre das Lithium-Vorkommen von Puno eines der größten weltweit.

Lithium ist ein Alkalimetall und wird u.a. benötigt, um Batterien für Elektro-Autos herzustellen. Die Nachfrage nach Lithium ist deshalb in den letzten Jahren weltweit um ein Vielfaches angestiegen.

Die Explorationsfirma Macusani Yellowcake sucht seit mehr als zehn Jahren auf der Hochebene von Macusani nach Metallen – allerdings nicht nach Lithium, sondern nach Uran. Das Lithium war

also eher ein Zufallsfund. Das ebenfalls gefundene Uran wurde, kann jedoch die kommerzielle Ausbeutung des Lithiums erschweren, müssen doch für radioaktive Stoffe wie Uran besondere Regeln eingehalten werden. Diese Regeln gibt es in Peru noch gar nicht – aus diesem Grund war der geplante Uranabbau in Macusani auch auf Eis gelegt worden. Dies kann sich nun ändern mit den Lithium-Funden.

Vorerst aber sucht die kleine kanadische Explorationsfirma nach potenten Partnern, die in die Lithium-Ausbeutung in Macusani investieren wollen. 800 Millionen US-Dollar bräuchten sie, ließ der Geschäftsführer auf einer Pressekonferenz in Lima verlauten.

Dabei könnten sie noch auf ein weiteres Hindernis stoßen: der Forscher Rainer Hostning hatte auf der Hochebene von Macusani das größte Vorkommen von prähistorischen Steinmalereien in Südperu festgestellt. 2011 ernannte das Kulturministerium die Zone deshalb zum archäologischen Schutzgebiet.

Auch wenn es noch einige Zeit dauern wird, bis in Macusani wirklich Lithium abgebaut werden wird: die Begehrlichkeiten nach diesem seltenen, und damit auch Gewinn versprechenden, Metall sind auch in Puno geweckt worden und werden die Debatte der nächsten Jahre in Puno bestimmen.

Hildegard Willer

6. Ayahuasca-Boom und ein mysteriöser Doppelmord

Zuerst wurde eine 81-jährige indigene Heilerin erschossen, dann wurde ihr Mörder ermordet. Was haben diese Verbrechen mit dem Ayahuasca-Boom zu tun ?

Olivia Arévalo Lomas (81 Jahre) war eine anerkannte und sehr geschätzte Heilerin mit großen Kenntnissen der traditionellen Medizin und der Wirkung der heiligen Lieder (*ikaros*). War – denn sie wurde am 19.04.2018 ermordet. Sie gehörte dem indigenen Volk der Shipibo-Conibo an und lebte in der sich interkulturell nennenden Gemeinde Victoria Gracia. Diese liegt ca. 20 Auto-Minuten von der Provinzstadt Yarinacocha entfernt im zentralen Regenwald, in der Region Ucayali. Sie war eine Meraya, eine Person, die sich auszeichnet wegen ihrer großen Kenntnisse über Zeremonien, mit denen sie Menschen zur Gesundung hilft. Ihr Mörder war der Kanadier Sebastian Woodroffe (41 Jahre). Auch hier gilt: war – weil er wenige Stunden nach seiner Tat von Dorfbewohnern ermordet wurde. Der Lehrer und der Chef dieser Dorfgemeinschaft werden jetzt polizeilich wegen Mordes gesucht. Diese Taten haben in Peru viel Aufmerksamkeit in den Medien erhalten und zum Teil eine große Betroffenheit ausgelöst. Bei meiner weitere Beschäftigung mit den Verbrechen und ihren Hintergründen zeigte sich die Vielschichtigkeit des Themas .

Eine mysteriöse Tat

Erstaunlich, dass Woodroff sich die Pistole, mit der er die Heilerin erschoss, ganz offen – als Ausländer – von einem Polizisten kaufen konnte. Und das in einer Region, wo es im Konflikt um die Ausbreitung von großen Agrarunternehmen immer wieder zu Morddrohungen und Übergriffen gegen die ansässige Bevölkerung kommt. Das Motiv zu diesem Mord, soll nach Aussagen der

meisten Quellen darin bestanden haben, dass der Sohn von Olivia Arévalo vom Mörder einen Kredit in Höhe von 14.000 Soles (ca. 4.000 EUR) bekommen hat – evtl. auch einen Laptop. Weil dieser nicht zahlte und Woodroff ihn bei mehreren aggressiven Besuchen in dem Dorf nicht antraf, sondern nur dessen Mutter, hat er diese mit drei Schüssen ermordet. Viele Tage vor der Tat kam Woodroff immer wieder in das Dorf, brüllte herum und stieß Todesdrohungen aus. Dreimal haben Dorfleute ihn ergriffen und der Polizei übergeben, die ihn immer wieder freiließ.

Überbordender Ayahuasca-Tourismus

Eine weitere Dimension dieses Problems zeigt der Regenwaldexperte Roger Rumrill auf. Er spricht vom Ayahuasca-Tourismus. Er meint, dass sowohl Olivia Arévalo wie auch Sebastian Woodroffe (und auch diejenigen, die den Mörder ermordet haben) ein Opfer der Vermarktung der wichtigen Droge der Shipibo, der Ayahuasca und anderer Heilpflanzen und des damit zusammenhängenden „Schamanen-Tourismus“ wurden. Wie Woodroffe suchen viele Menschen aus Nordamerika und Europa Heilung aus ihrer tiefen Lebenskrise im Konsum der Ayahuasca-Droge (einer Liane *caapi / chacruna*) ihre Heilung. Ayahuasca ist ein Tee aus dieser Liane, dem weitere Pflanzen beigemischt werden. Diese haben unterschiedliche Wirkungen. Ein indigener Begriff für die Ayahuasca-Liane ist „Seil der Seele“. In Gesprächen mit Expert*innen wurde immer betont, dass die Tat nicht im Ayahuasca-„Rausch“ begangen worden sein kann, da Personen in diesem Zustand dazu überhaupt nicht in der Lage sind. Die Wirkungen der Einnahme beruhen auf dem Alkaloid DMT, das im Gehirn wirkt. Traditionelle Heiler*innen nehmen Ayahuasca ein, um Krankheitsursachen herauszufinden. Diese „große Reinigung“ verbindet in der indigenen Kultur die Magie mit der Therapie. Natürlich sollen und können traditionelle Heiler*innen wie Ärzt*innen bei uns für ihre Dienste bezahlt werden bzw. freiwillige Zuwendungen durch die Heilsuchenden erhalten. Olivia Arévalo soll Kontakte zum *Temple of the Way of Light* gehabt haben. Wenn man auf dessen Website (<https://templeofthewayoflight.org/>) geht, kann man lesen, dass diese sich nicht zur New-Age-Bewegung und auch zu keiner Religionsgemeinschaft zugehörig fühlt. Weiter, dass dort seit 2007 über 5.000 Menschen in ihren Retreat Centers (Behandlungsräumen) geheilt wurden. Beschrieben wird auch, dass sie viele Projekte der Shipibo-Dorfgemeinschaften unterstützen und dies im Sinne des Buen Vivir – des Guten Zusammenlebens. Die Schaman*innen (curander@s), mit denen sie zusammenarbeiten, sind mit Fotos aufgelistet. Aus der Fülle der Angebote soll hier die *Peruvian Association of Shamans* mit über 100 Mitgliedern vorgestellt werden. Von Heilungen mit Ayahuasca von 1 bis 5 Tagen, mit der Droge des San-Pedro-Kaktus oder Hochzeiten in Inka-Tradition, alles kann man in der Touristenhochburg Cusco buchen. Des weiteren findet man im Angebot: Ayahuasca-Zeremonie in Kombination mit Waschung mit Vulkan-Wasser, mit Orakel, mit dem Werfen von Cocablättern, Mutter-Erde-Zeremonien usw. Das alles kostet nicht wenig: Ein Tag in der Gruppe Ayahuasca und Vulkan-Wasser in Cusco: 120 US-Dollar. Individuell im sogenannten *Retreat-Tempel* außerhalb von Cusco für 1 Tag Ayahuasca und fünf Anden-Techniken 390 Dollar, etc. ein Ayahuasca Retreat in der Nähe der Urwaldstadt Iquitos kostet zwischen 60 und 170 EUR pro Tag inkl. Verpflegung, Unterkunft und Behandlung, ohne Reisekosten. Dem Ayahuasca und dem San Pedro-Kaktus wird die Kraft zugeschrieben, dass der Inkaherrscher Tupac Inka Yupanqui dank seiner Einnahme dieser und anderer Drogen ein stärkerer Krieger wurde und deshalb Ecuador erobern konnte.

Plastikschamanen

Der Begriff wurde für Menschen geprägt, die sich als Heiler ausgeben, aber keine indigenen Curander@s sind. Wenn sich diese dort und hier als Heiler „in der Tradition indianischer Stämme Amazoniens“ ausgeben oder als Inti in der Tradition der Inkas oder ein Programm „Ayahuasca mit Schwitzhütten-Zeremonie“ anbieten, dann sind dies Plastikschamanen. Gefährlich wird es auch, wenn Pseudoheiler den Tee nicht selbst herstellen, sondern die fertige Mischung auf dem Markt kaufen *oder die Mischung herstellen, ohne die Kenntnisse dafür zu haben*. Viele Anbieter betonen, dass sie einen Teil der Einnahmen an soziale Projekte geben, für Kinder, oft auch für Permakulturprojekte. Die Transparenz, ob und was wirklich geschieht, ist meist sehr dünn. Ein Beispiel für viele ist die *Ayahuasca Peru ODG* auf der Isla del Amor im Yarinacocha-See (nahe der Stadt Pucallpa). Dieses Zentrum umfasst 45 Hektar. Das Behandlungsangebot ist sehr vorsichtig formuliert. Es gibt Sitzungen gegen Depression, Stress, Angstzustände, aber auch bei Arthrose, hohem Fettgehalt im Blut, Leber- und Nierenproblemen... und bei „Krankheiten, die die westliche Medizin nicht heilen kann“. Die Fotos auf ihrer Website zeigen junge Frauen. In Ländern wie Ecuador, Kolumbien oder Peru gehören die Behandlungszentren und dazu gehörenden Anlagen oft Ausländern oder Nicht-Indigenen und die indigenen Schamanen sind dort – gegen geringe Bezahlung – tätig.

Probleme für die indigene Bevölkerung

Im Jahre 2008 erkannte der peruanische Staat das Ritual mit Ayahuasca als Nationales nicht-materielles Gut an. Es gibt aber bisher keine Normen über sichere Anwendungen, noch gibt es ein Register anerkannter Schamanen. Durch diesen Schamanismus-Tourismus findet ein enormer Raubbau an diesen Pflanzen statt. In einigen Regionen muss die Ayahuasca-Liane von immer weiter herangeschafft werden. Mit Motorsägen werden die Bäume gefällt, an denen diese Liane sich hochwindet. Diese wird mit anderen Pflanzen über 24 Stunden gekocht. Aus 40 Liter Lianen-Sud gewinnt man ungefähr ein Liter der Ayahuasca-Droge. Dieser wird für ca. 100 Dollar verkauft. Die Heilkenntnisse werden nicht seriös angewendet und aus ihrem traditionellen Kontext gerissen. Bei unsachgemäßen Zeremonien hat es Tote und auch Vergewaltigungen gegeben. Seriöse Heilerinnen und Heiler raten nicht zu einer leichtfertigen und unbegleiteten Einnahme. Der Raubbau findet natürlich auch durch Wiederverkäufer*innen von Ayahuasca-Tee-Mischungen bei Esoterikveranstaltungen oder Seminaren statt. Die Angebote in Deutschland für solche Sitzungen und Zeremonien sind groß. Es scheint so zu sein, dass es eine große Ayahuasca-Szene in Berlin gibt und dort speziell in Heinersdorf.

Die Ermordung des Mörders: Lynchmord oder indigene Justiz?

Juan Carlos Ruiz Molleda, ein auf indigene Justiz spezialisierter Jurist des Instituto de Defensa Legal sagt klar: Die Ermordung des Mörders hat nichts mit dem Konzept der indigenen Justiz zu tun. Indigene Justiz muss im Rahmen der Achtung der Menschenrechte erfolgen. „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ fällt nicht darunter. Er betont aber auch: In Übereinstimmung mit der Internationalen Konvention über die Rechte der indigenen Völker (ILO 169) schreibt die peruanische Verfassung vor, bei der Beurteilung einer solchen Tat den kulturellen Hintergrund, der zur Tat führte, zu berücksichtigen. Dazu gehört auch wohl die Erfahrung, dass sich die indigene Bevölkerung von staatlichen Stellen total im Stich gelassen fühlt. So wurde 2017 ebenfalls in der

Region Ucayali der Schamane Teodoro Gómez ohne juristische Aufarbeitung ermordet. Ähnliches geschah auch in anderen Regionen, wo indigene Dorfchefs von Holzfällertrupps ermordet wurden wie im Fall der Asháninka in den Dörfern Nueva Amanecer Haway oder in Alto Tamaya Saweto. Die Nichtregierungsorganisation DAR spricht davon, dass in den letzten Jahren 70 indigene Leiter*innen ermordet wurden. Solche Taten bleiben meist ohne juristische Aufklärung und somit ungestraft. All das rechtfertigt nicht die Ermordung des Mörders. Es macht aber den Grad der Frustration der indigenen Bevölkerung verständlich. Die Organisationen der Shipibo-Konibo-Xetebos COSHIKOX verurteilte ebenfalls die beiden Morde. Ihr Präsident Ronald Suárez verlangte für die Ermittlungen einen Ermittlungsrichter oder eine Ermittlungsrichterin mit ethnologischen Kenntnissen.

Rassistischer Diskurs im Zusammenhang mit diesem Fall

Hier tut sich vor allem Carlos Maria del Carmen Tubino Arias-Schreiber hervor. Als ehemaliger Vizeadmiral ist er für die Region Ucayali Abgeordneter der Fujimoripartei im peruanischen Parlament. Bekannt ist er als „Linken-Hasser“ und für seine rassistischen Aussagen. So twitterte er nach der Wahlniederlage seiner Parteichefin Keiko Fujimori über linke Abgeordnete, sie seien „schmierige Rote“, „schlecht angezogen“. usw. Als das kritisiert wurde, antwortete er: „Ich stinke wenigstens nicht.“ Diese Wortwahl ist nicht von ungefähr: In Zeiten des Feudalismus bezeichneten sich die Grundbesitzer als saubere Menschen, ihre Landeigenen, die campesinos, wurden als „schmutzige Schweine“ bezeichnet. Herr Tubino Arias Schreiber gehörte auch zu den Befürwortern des Vorschlags, dass die Verbrechen von Militärs in der Regierungszeit von Expräsident Fujimori und dessen Geheimdienstchef Montesinos unbestraft bleiben müssen. Bekannt wurde er auch für die Gesetzesinitiative, mit der diejenigen bis zu vier Jahren Gefängnis bestraft werden sollten, die sexuelle Übergriffe von Mitgliedern religiöser Gemeinschaften anprangern. Im Fall der Ermordung des Mörders von Olivia Arévalo bezeichnet er u.a. die Shipibos als Wilde, die alle festgenommen werden müssten, und alles sei geschehen wegen ihrer Kultur, und ihren Schamanen, die mit ihren Heilmethoden (mit Ayahuasca) nur ihre Geschäfte machen wollen. Tubino erhielt deshalb heftige Kritik, speziell auch von der nationalen Organisation indigener Frauen aus den Anden und dem Amazonas. Tubino setzte als Mittel der Einschüchterung seiner Kritiker eine „notarielle Abmahnung“ ein, in der er fordert, die Kritik an ihn zurückzunehmen. Der Rat der Shipibo-Conibo-Xetebos COSHICOX sowie Robert Guimaraes von der indigenen Förderation FECONA erklärten: „Wir haben nichts zurückzunehmen, denn solche rassistischen Aussagen sind nicht zu tolerieren und sie sind Teil des täglichen Rassismus gegenüber der indigenen Bevölkerung durch die Neusiedler-Bevölkerung“. Sie forderten zugleich das peruanische Parlament auf, Vizeadmiral Tobino aus dem Parlament zu entfernen. Um diese Forderung zu untermauern und gegen die Diskriminierung zu protestieren, gingen am 18.05.2018 Tausende Indigene in der Regionalhauptstadt Pucallpa auf die Straßen. Tubino ist auch Initiator eines Gesetzes , um eine Straße durch den Regenwald (von Madre de Dios bis nach Purús) zu bauen. Diese führt auch durch Schutzgebiete und Gebiete, in denen indigene Gruppen in freiwilliger Isolation leben. Die Straße wird dann hauptsächlich von Drogenhändlern, Holzfällern und Goldsuchern benutzt. Die Einschüchterungen gegen die indigenen Organisationen und ihrer Leiter gehen weiter.

Ein positiver Ausblick?

VertreterInnen von 24 lateinamerikanischen Ländern haben am 04.03.2018 in Costa Rica nach fast fünf Jahren Verhandlungen eine Vereinbarung zum Schutz der (indigenen) Umweltschützer*innen unterzeichnet. Diese Vereinbarung soll einen besseren Zugang zur Information, Partizipation und Umweltgerechtigkeit bieten. Es soll die Bereiche Umwelt und Menschenrechte verbinden. In dem Dokument heißt es: „... Personen, Gruppen oder Organisationen, die Menschenrechte im Bereich der Umwelt einfordern oder verteidigen, können dies tun, ohne Verfolgung, Einschränkung oder Unsicherheit befürchten zu müssen...“ Für Peru hat diese Erklärung der damalige Vizeminister für natürliche Ressourcen unterzeichnet. Aber vielleicht ist es mal wieder gar nicht so ernst gemeint. Die Vorsitzende der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und der Karibik (CEPAL), Alicia Bárcena betonte, dass diese Vereinbarung eine gute Maßnahme ist, um zu zeigen, dass man mit der Erfüllung der sogenannten SDGs im Rahmen der Agenda 2030 vorankommen will. Mittlerweile Tubino hat einen neuen Feind gefunden: Den jüngst von Papst Franziskus zum Kardinal berufenen Erzbischof von Huancayo, Pedro Barreto. Kardinal Barreto ist bekannt für sein Engagement für Umwelt und die Anliegen der indigenen Bevölkerung.

Übersetzung und Kommentierung: Heinz Schulze. Dank an Elke Falley-Rothkopf.

(Quellen: Roger Rumrill: la muerte de Olivia Arévalo: la mercantilización de la ayahuasca y el turismo shamanica in: la Otra Mirada, Lima, 30.04.2018; Aprueban primer tratado para proteger a líderes ambientales, Servindi, 06.03.2018; DAR, 24.04.2018; www.hispantv., 17.03.2018; RA Luis Hallazi in Actualidad noticias, 23.04.2018; CAAP, Lima 03.05.2018; Idee Radio in Servindi, 24.04.2018; Piden sancionar a congresista Tubino por comentarios discriminatorias, Servindi, 26.04.2018; Pronociamiento de Coshicox, 30.04.2018 „Que es lo que molesta a Carlos Tubino?; Servindi 21.05.2018; Comunicado FECONAU, 18.05.2018; el nuevoherald.com article 21272924, 07.06.2018; Prof. Ana Echazi-Böschemeier (Univ. Federal de Rio Grande en Brasil; servindi org 18.05.2018 und vom 30.05.2018; u.a.)

7. Begnadigung Fujimori: ein schwaches Urteil aus Costa Rica

Ausgerechnet zu Heiligabend 2017 begnadigte der frühere Präsident Pedro Pablo Kuczynski seinen Vor-vor-vorgänger im Amt, Alberto Fujimori. Peruanische Menschenrechtsgruppen baten den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte (CIDDDH) in Costa Rica daraufhin, sich zu den beim CIDDDH anhängigen Massakern von Barrios Altos und La Cantuta zu äußern. In beiden Fällen ist Alberto Fujimori als Letztverantwortlicher angeklagt. Zugleich haben die Menschenrechts-Opfer eine Verfassungsklage in Peru selber gegen die Begnadigung in die Wege geleitet.

Inzwischen ist das Urteil aus Costa Rica gefallen. Der Jurist César Bazán Seminario, Vorstandsmitglied der Infostelle Peru, kommentiert das Urteil.

Am 30. Mai 2018 verkündete der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte sein Urteil zur Begnadigung von Alberto Fujimori in Bezug auf dessen Rolle bei den Massakern von Barrios Altos und La Cantuta. Das Urteil entsprach nicht den Erwartungen der klagenden Menschenrechtsgruppen. Obwohl die Begnadigung Fujimoris keinen juristischen, sondern einen

politischen Hintergrund hatte – der damalige Präsident Pedro Pablo Kuczynski wollte damit seine eigene Amtsabsetzung verhindern –, entschied der Interamerikanische Menschengerichtshof eher lasch.

Das Gericht verpasste die Gelegenheit zu einer klaren Stellungnahme aus und spielte den Fall an die peruanische Justiz zurück. Die Richter aus Costa Rica geben der peruanischen Justiz bei der Beurteilung der Begnadigung folgende Einwände ins Buch:

Bis zum 29. Oktober 2018 müssen die Parteien (Staat und die Vertreter der Opfer) darüber berichten, wie weit die peruanische Verfassungsklage gegen die Begnadigung fortgeschritten ist. Falls es kaum Fortschritte gäbe, darf der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte erneut über die Begnadigung Fujimoris urteilen.

Die Richter aus Costa Rica betonen, dass die Verpflichtung der peruanischen Justiz, schwere Menschenrechtsvergehen zu ahnden, auch nach der Begnadigung bestehen bleibt. Bei der Begnadigung dürfe auch nicht nur die Gesundheit Fujimoris zugrunde gelegt werden, sondern auch die Auswirkungen einer Begnadigung auf die Opfer oder auf ausstehende Entschädigungszahlungen. Das Recht des Begnadigten müsse gegen das Recht auf Zugang zur Justiz abgewogen werden.

Das sind positive Einwände vom Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte, die die Opfer in ihrem Kampf um Gerechtigkeit unterstützen. Wir warten noch auf das Urteil des Verfassungsgerichtes gegen die Begnadigung. Die hauptsächliche Auseinandersetzung wird an peruanischen Gerichten geführt werden – und gerade die sind momentan durch verschiedene Korruptionsaffären an einem Tiefpunkt angelangt.

César Bazán Seminario

8. Warum Deutschland die ILO-Konvention nicht unterzeichnet

Peru hat die ILO-Konvention zum Schutz indigener Völker bereits vor sieben Jahren unterzeichnet. Deutschland bis heute noch nicht.

Die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) wurde bereits 1989 gemeinsam mit Vertretern indigener Völker abgefasst und anschließend verabschiedet. Als einzige völkerrechtlich bindende Norm über eingeborene und in Stämmen lebende Völker stellt sie die derzeitige Grundlage für deren Schutz dar. Sie beinhaltet unter anderem Artikel über die vollständige Gewährleistung der Menschenrechte, die Gleichheit vor Justiz und Verwaltung, über die Rechte auf kulturelle Identität und Traditionen, politische Partizipation und die Gestaltung der eigenen Zukunft, auf Land mitsamt dessen Ressourcen, auf Beschäftigung und angemessene Arbeitsbedingungen und auf Ausbildung und Zugang zu Kommunikationsmitteln.

Bislang wurde die ILO-Konvention 169 von 23 Staaten ratifiziert, darunter bisher nur fünf europäische: Norwegen (1990), Dänemark (1996), die Niederlande (1998), Spanien (2007) und unlängst Luxemburg (2018).

In den vergangenen Legislaturperioden wurden immer wieder Anträge zur Ratifizierung der Konvention in den Deutschen Bundestag eingebracht, meist von den Parteien Bündnis 90/Die Grünen und der SPD, wobei die Linke die Vorhaben in Abstimmungen und Statements immer unterstützt hat. Hauptargument einiger Parteien gegen die deutsche Unterzeichnung ist, deutsche

Unternehmen vor Haftungs- und Prozessrisiken bei Verstößen gegen die Konvention zu schützen. Derzeit ist es allerdings nicht möglich, deutsche Unternehmen, die in Entwicklungsländern gegen die ILO-Konvention verstoßen, in Deutschland dafür zu belangen. Obwohl das Leitprinzip 15 der Vereinten Nationen wirtschaftliche Unternehmen dazu anhält, sich grundsätzlich der Achtung der Menschenrechte zu verpflichten, und appelliert an die UN-Mitgliedsstaaten, ein Verfahren zur Einhaltung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten einzuführen.

Im Vergleich zu seinen Nachbarländern ist Deutschland weit abgeschlagen, wenn es um gesetzliche Regelungen zu menschenrechtlicher Sorgfalt von Unternehmen geht: In Frankreich und Großbritannien existieren bereits Gesetze, die Unternehmen im kompletten Produktionsprozess dazu verpflichten, die Menschenrechte zu schützen; die Niederlande sind dabei, eine Sorgfaltspflicht von Unternehmen in Bezug auf Kinderarbeit zu verabschieden; in der Schweiz ist eine Verfassungsänderung hinsichtlich einer Sorgfaltspflicht auf den Weg gebracht worden, über die zum Ende des kommenden Jahres abgestimmt werden soll; sogar das Europäische Parlament strebt nach einer generellen Sorgfaltsprüfungspflicht auf EU-Ebene. Amnesty International, Germanwatch, Brot für die Welt und Oxfam haben bereits ein 80-seitiges Gutachten erstellen lassen, welches die Möglichkeiten der Einführung einer Sorgfaltspflicht in Deutschland darstellt.

Dieses Mal sind die Aussichten auf Ratifizierung besser: Erstmals steht nun in einem Koalitionsvertrag, dass die regierenden Parteien die Ratifikation der ILO-Konvention 169 zum Schutz indigener Völker anstreben. Die Infostelle Peru begrüßt die Bemühungen der regierenden Parteien. Im Rahmen des Koordinationskreises ILO-169, einer Aktionsgruppe zahlreicher deutscher Institutionen, die sich für den Schutz der Menschenrechte, explizit indigener Völker, einsetzen, beteiligt sich die Infostelle aktiv an einer Kampagne, an deren Ende durch Bewusstseinsbildung und Lobbyarbeit die Ratifizierung der ILO-Konvention 169 durch Deutschland stehen soll.

Für die Ratifizierung der Konvention 169 sprechen einige Punkte. Unter anderem ist es erforderlich, die traditionell lebenden Gemeinschaften, die überall auf der Welt verteilt sind, besonders zu schützen. Es gilt, ihr über Jahrhunderte erworbenes Wissen, auf kultureller wie auch wissenschaftlicher Ebene, zu schützen und vor dem Vergessen zu bewahren. Zurzeit dringen häufig große Unternehmen in die Territorien der indigenen Gemeinschaften ein auf der Suche nach Rohstoffen, Energierohstoffen und vielem mehr. Sie gefährden und zerstören damit deren Lebensraum – und das, in den leicht korrumpierbaren Staaten Lateinamerikas, meist mit der Zustimmung der örtlichen Behörden. Durch Großprojekte wie etwa Staudamm-Bauten oder Bergbau kommt es sehr oft zu Menschenrechtsverletzungen gegenüber Indigenen. Die ILO-Konvention 169 kann helfen, diesen eine Stimme und Möglichkeiten zu geben, sich gegen diese Menschenrechtsverletzungen zu wehren. Dies kann zum Beispiel durch die in der Konvention vorgeschriebene Verpflichtung zu einem sogenannten *consimiento libre, previo e informado* geschehen, welche Eingriffe in die Einzugsgebiete Indigener nur unter vorhergehender Konsultation und Zustimmung der betroffenen Populationen zulassen.

Ein weiteres, starkes Argument für die ILO-Konvention ist die aktuelle Klimawandel-Problematik, da das traditionelle Wirtschaften der Indigenen auf den Erhalt der natürlichen Umwelt ausgerichtet ist. Im Einklang mit ihrer Umwelt verwenden die Indigenen Völker nur gerade so viel, wie sie für sich zum Leben benötigen. Mit diesem Verhalten tragen sie, beispielweise in den Regenwäldern

Amazoniens, aktiv zu dem Erhalt dieser wichtigen Quelle des Lebens auf dem Planeten Erde bei. Da bisher nur 23 Staaten weltweit, die meisten davon in Lateinamerika, die Konvention 169 ratifiziert und in nationales Recht umgewandelt haben, fehlt es ihr bislang an Stärke. Teilweise beruft sich Deutschland, obwohl es die Konvention nicht ratifiziert hat, auf diese, wie beispielsweise in der Absichtserklärung mit Norwegen und Peru aus dem Jahr 2014 zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen aus Waldschädigung und Waldvernichtung im peruanischen Amazonasgebiet. Gerade deshalb ist es unverständlich, weshalb der Deutsche Bundestag die ILO-Konvention 169 noch nicht unterzeichnet hat. Die Argumentation gegen die Konvention, überwiegend von Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion, hat, wie oben dargelegt, sehr kurze Beine.

Zuletzt könnte Ratifizierung durch Deutschland – abgesehen von der solidarischen Wirkung und der Einführung einer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht von Unternehmen – Deutschlands Position als Vorreiter in Sachen Klimaschutz stärken und womöglich weitere Staaten zu einer Ratifizierung motivieren.

Leon Meyer zu Ermgassen

9. Peru wird Einwanderungsland

Viele Jahre war Peru ein Auswanderungsland. Heute ist es das auch noch, aber mit rund 350 000 MigrantInnen aus Venezuela ist Peru auch Einwanderungsland geworden.

Ein Blick in peruanische Zeitungen und „soziale Medien“ zeigt, dass es jetzt auch in Peru um Konzepte und ideologische Vorstellungen wie hier in Europa geht.

Anfangs überwogen positive Kommentare gegenüber den Menschen, die vor der Diktatur und dem Mangel in Venezuela in das „demokratische Peru“ flüchteten. Ein Teil der Bevölkerung ist weiter für offene Grenzen und der Einhaltung liberaler Prinzipien. Ein anderer Teil spricht sich immer stärker für Einreiseverbote, Aufenthaltsbeschränkungen und evtl. schnelle Ausweisungen aus.

Im Unterschied zu reaktionären und rassistischen Positionen und Formulierungen à la AFD und CSU („Asylantenschwemme“, „Asyltourismus“ etc.) gehen die Meinungsäußerungen in Peru mehr in die Richtung, von wirtschaftlichen Problemen durch VenezolanerInnen zu sprechen. Die Argumente sind dann auch: Diese MigrantInnen nehmen die Arbeitsplätze weg und drücken die Löhne. In den Bereichen wie Service oder Gastronomie ist das zu spüren. Es wird angemerkt, dass diese engagiert, freundlich und zuverlässig arbeiten. Das hat wohl eine kleine, positive Revolution in diesen Bereichen gebracht.

Die Diskussion darüber, wie mit den vielen neuen Menschen umzugehen ist, ist nicht einheitlich. Ein Vorschlag ist, Anreize für eine Aufenthaltssicherheit zu geben, wenn diese aus der Hauptstadt Lima wegziehen. Das in Deutschland oft gehörte Argument, dass Asylsuchende/MigrantInnen hierherkommen, um den Wohlfahrtsstaat zu plündern, trifft für Peru nicht zu. Da gibt es wenig für Arme vom Staat zu „plündern“.

Ein Argument für eine Elite-Einwanderung ist zu hören: EinwandererInnen aus Europa sind willkommen. Die sind kultiviert, gut ausgebildet, oft FacharbeiterInnen – und die braucht man in Peru. So könne man Menschen aus Venezuela brauchen, die gut ausgebildet sind. Die anderen könnte man getrost in angrenzende Länder weiterschicken.

Nicht so laut sind die Stimmen, die daran erinnern, dass bis vor nicht allzu langer Zeit viele PeruanerInnen zumeist aus wirtschaftlichen Gründen nach Venezuela ausgewandert sind und dort aufgenommen wurden, und dass man nicht weiß, wann das wieder geschehen wird.

Heinz Schulze

10. Infostelle und Bergbaukampagne gratulieren dem neuen Kardinal Barreto

Der Erzbischof von Huancayo, der Jesuit Pedro Barreto, wurde am 29. Juni 2018 im Vatikan zum Kardinal geweiht .

Pedro Barreto ist ein bekannter Verteidiger der Umwelt und der Menschen, die von Umweltkonflikten betroffen sind. Seine Ernennung zum Kardinal ist auch ein politisches Signal aus dem Vatikan: neben dem rechten Opus-Dei-Kardinal Juan Luis Cipriani, wird nun auch ein zweiter, befreiungstheologisch ausgerichteter, Erzbischof die Kardinalswürde erhalten.

Erzbischof Barreto war immer wieder auch zu Vorträgen und Begegnungen in Deutschland. Die Infostelle Peru und die Bergbaukampagne gratulieren ihm herzlich zur neuen Kardinalswürde.

Hier der Glückwunschbrief in spanischer Sprache [Infostelle Peru. Carta felicitación Monseñor Barreto SJ](#)

11. Streit um Flughafenbau in Cusco

Wer schon einmal erlebt hat, wie die Flugzeuge dicht hintereinander durch die Bergkette hinunter nach Cusco stechen und sich die Landepiste praktisch in die Hand geben, wird verstehen, dass der Touristenmagnet Cusco einen neuen Flughafen benötigt. *Seit Jahren hieß es, dass dieser im 20 Kilometer entfernten Chinchero gebaut werden sollte. Bis Unregelmäßigkeiten in der Vergabe den damaligen Verkehrsminister Vizcarra zum Rücktritt und zum Baustopp zwangen. Heute ist derselbe Martín Vizcarra peruanischer Präsident, und das Konsortium Kuntur Wasi klagt trotz grober Unregelmäßigkeiten eine saftige Entschädigung vom peruanischen Staat ein. Besonders die in wenigen Monaten aus dem Amt scheidende Regionalregierung von Cusco besteht immer noch auf einer Durchführung des Flughafenbaus am besagten Standort.*

Die Bevölkerung Cuscos ist bezüglich des Baus gespalten. Während anfänglich viele Cusqueños ohne Wenn und Aber für den Flughafen in Chinchero auf die Straße gegangen sind, hat sich auch eine Bürgerinitiative dagegen gebildet. Enrique Kolmans ist Gründungsmitglied dieser Initiative und legt dar, warum sie gegen einen Flughafen in Chinchero sind (HW).

Ein Flughafenbau ohne vorherige Studien

Es ist erwiesen, dass es keine seriöse Vergleichsstudie der Standorte gegeben hat, und dass man sich von vornherein auch ohne seriöse Studie auf Chinchero festgelegt hatte. Nach und nach hat sich herausgestellt, dass Chinchero nur eine Start- und Landebahn ermöglicht und die Abhebe- und Abflugroute mitten über das Valle Sagrado de los Incas, 800 m über die Stadt Urubamba und 1000 m über dem Archäologiepark von Ollantaytambo führt. Es hat keine seriösen hydrografischen und geologischen Studien gegeben. Die Hochebene von Chinchero liegt auf einer unterhöhlten Kalksteinformation, in dem sich höchstwahrscheinlich ein riesiges unterirdisches Wasserreservoir befindet, welches auch zwei nahe dem geplanten Flughafen gelegenen große Seen verbindet, diese sind der Haypo-See und der Puiray-See. Letzterer liefert 30% der Wasserversorgung der Stadt Cusco. Mehrere Geologen warnen, dass die Erdbewegungen und die Landungen der bis zu 900 Tonnen schweren Flugzeuge mit Sicherheit zum Einbruch des Höhlensystems und zu trichterförmigen Riesensenken ähnlich des nahegelegenen Moray führen werden.

Am allerabstrusesten ist, dass schon eine riesige Land Spekulation und urbaner Wildwuchs stattfinden, und der Raumordnungsplan der Regionalhauptstadt Cusco die größte städtische Expansion rund um den geplanten Flughafen bewilligt hat. Eine Entwicklung ähnlich wie in El Alto von La Paz ist also nicht aufzuhalten.

Der manipulierte Landkauf mit Mitteln aus dem Haushalt der korrupten Regionalregierung von Jorge Acurio (sitzt z.Z. im Gefängnis) hat zur Bewilligung eines windigen und ebenfalls (inzwischen aufgekündigten) korrupten Konstrukts für den Bau und die Konzession (Kuntur Wasi) geführt und zum Fall der Regierung des früheren Präsidenten Kuczynski beigetragen. Jetzt lastet der Fall auf dem jetzigen Präsidenten Vizcarra, der aufgrund des Falles unter Kuczynski sein Amt als Verkehrs- und Bauminister niederlegen musste.

Auch der Aero Club del Perú mit 3000 Piloten und Luftfahrttechnikern warnt vor katastrophalen Folgen des Flughafenbaus in Chinchero. Starke negative Auswirkungen auf den Tourismus und die gesamte wirtschaftliche Entwicklung der Region sind absehbar. Der Aero Club und die lokale "Unión Ciudadana por un Aeropuerto con Dignidad" fordern den unmittelbaren Stopp des Projektes sowie seriöse und unabhängigen Studien zur Festlegung eines vorteilhaften Standortes.

Kulturerbe in Gefahr

Die einzigen UNESCO-Weltkulturerbe-Stätten Cuzcos sind das historische Zentrum von Cusco und Machu Picchu. Darüber hinaus sind die Nationalen Archäologieparks von Chinchero und Ollantaytambo sowie das gesamte *Valle Sagrado de los Incas* mit Pisac, Chinchero und Ollantaytambo und insgesamt mehr als 350 archäologischen Stätten nationales Kulturerbe. Dieses Tal ist folgendermaßen direkt betroffen:

CHINCHERO: die umliegende Kulturlandschaft mit ihren direkt aus der Inkazeit stammenden traditionellen Dorfgemeinschaften und ihren landwirtschaftlichen Produktions- und Wissenssystemen und Bräuchen ist faktisch Teil des Archäologieparks von Chinchero. Durch die

Zerstörung der Kulturlandschaft und der traditionellen Sozialstrukturen wird der Archäologiepark wesentlich an Bedeutung verlieren, abgesehen von der touristischen Anziehungskraft, die Chinchero bis jetzt noch besitzt, und deren Potenzial bei weitem nicht nachhaltig entwickelt ist. YUCAY liegt unmittelbar noch vor Urubamba in der Abhebeschneise, Flugzeuge befinden sich in weniger als 800 m Höhe. In diesem wunderschönen Ort im Talboden des Valle Sagrado haben eine Reihe von Bauwerken aus der Inka- und Kolonialzeit den Status des *Patrimonio Nacional de la Nación*, u.a. die Kirche und die gewaltige Terrassenanlage. Weder ist untersucht worden, welche Auswirkungen die Tiefflüge auf dieses besonders geschützte Kulturerbe haben, noch hat das Kulturministerium hierzu Stellung genommen.

OLLANTAYTAMBO: Hier sind die möglichen negativen Auswirkungen noch vielfältiger und größer. Der *Parque Nacional Arqueológico* umfasst 34 800 Hektar und in ihm liegen nicht nur bedeutende archäologische Stätten, sondern auch der *Nevado Veronica*. Die Auswirkungen auf die Menschen sowie durch die Vibration auf die geologischen Begebenheiten sind nicht untersucht worden. Auch die Ministerien für Kultur und Umwelt haben hierzu keine Stellungnahme abgegeben. Auch hier sind die Auswirkungen auf den Tourismus höchstwahrscheinlich beträchtlich. MACHU PICCHU: Heute bereits ist die Besucherzahl laut UNESCO mit mehr als 3000 pro Tag an die Grenze des Erträglichen gestoßen, eine Erhöhung würde zerstörerische Auswirkungen in großem Umfang bewirken. Es wird jedoch immer offensichtlicher, dass der eigentliche Grund, den Flughafen nach Chinchero zu verlegen, vor mehreren Jahrzehnten von der Absicht getragen wurde, die Besucherzahl für Macchu Picchu und ins Valle Sagrado zu erhöhen, und nicht von Kriterien der Gesamtentwicklung der Region Cusco. Obwohl dies bekannt ist und eine Zersiedlung der einmaligen Kulturlandschaft des Talbodens des Valle Sagrado immer schneller voranschreitet, hat das Verkehrs- und Bauministerium eine vierspurige Schnellstraße nach Urubamba geplant und kauft zu diesem Zweck bereits das entsprechende Land von den Bauerngemeinden auf. Dies wird unmittelbar eine touristischen Konzentration und einen erhöhten Besucherdruck auf Machu Picchu hervorrufen.

Ein fragwürdiges Genehmigungsverfahren

Das gesamte Land für den Flughafen ist unter höchst fragwürdigen Umständen (u.a. manipulierte Versammlungsprotokolle von mehreren indigenen Dorfgemeinschaften) bereits 2012/2013 vor einer Bewilligung des eigentlichen Projekts gekauft worden. Das Projekt selber wurde von PROINVERSION 2016 bewilligt und unter höchst fragwürdigen Umständen an das argentinisch-chilenisch-peruanische Firmenkonsortium Kuntur Wasi vergeben, an welchem z.B. die Schwester von Kuczynskis früherem Premierminister Zavala eine führende Rolle innehatte. Dieses Konsortium erreichte einen Zusatzvertrag, der dem Staat praktisch die ganze Finanzlast aufbürdete und dem Konsortium praktisch ohne Gegenleistung vierzig Jahre Betriebs- und Nutzungsrechte verlieh (im Vergleich hierzu kostet der neue Flughafen von Quito den ecuadorianischem Staat bzw. die Stadt Quito nicht einen Cent, bei nur 35 Jahren Betriebs- und Nutzungsrechten). Das Ganze flog im Mai 2017 auf, und der damalige Verkehrs- und Bauminister Vizcarra setzte sich als Botschafter nach Kanada ab. Derzeit versucht dieses Konsortium vom peruanischen Staat für erwiesenermaßen unzureichende Standortstudien (insbesondere von Umweltaspekten) und ein bau- und flugtechnisch nicht sachgemäßes und tragfähiges Flughafenprojekt eine Entschädigung zu bekommen.

Präsident Vizcarra möchte, dass die zuständige UN-Behörde OACI bestätigt, dass es sich sehr wohl

um ein sachgemäßes und durchführbares Projekt handelt. Nachfragen des Aero Club im Verkehrs- und Bauministerium haben jedoch ergeben, dass eine derartige Untersuchung bei OACI nicht in Auftrag gegeben worden ist. Ob dies jetzt bedeutet, dass dem Projekt der Wind aus den Segeln genommen worden ist, ist schwierig einzuschätzen. Nach wie vor besteht sicherlich in großes Interesse seitens lokaler Landspekulanten, lokalen Besitzern von Baumaschinenparks, und großer nationaler und internationaler Baufirmen, großen Tourismuskonzernen sowie Flughafenbetreibern, das Projekt durchzupushen.

Da das Ganze sich auch zu einem riesigen Politikum entwickelt hat und die (meist mafiösen) Regional- und Lokalregierungen immer noch in der Lage sind, einen enormen Druck auf die Zentralregierung auszuüben, könnte diese per Dringlichkeitsdekret das reguläre Verfahren umgehen, um den für die zweite Jahreshälfte angekündigten schnellen Baubeginn zu starten. Von daher ist es äußerst wichtig, eine kritische und positive Gegenströmung in der lokalen Bevölkerung aufzubauen, aber auch warnenden Stimmen von außen ein Gehör zu verschaffen.

Enrique Kolmans (71) war viele Jahrzehnte lang als Fachkraft für nachhaltige kleinbäuerliche und indigene Landwirtschaft in der Entwicklungszusammenarbeit tätig und betreibt heute mit seiner peruanischen Frau Artemia einen Hotelbetrieb in der Altstadt von Cusco.

12. Me too - Sexuelle Übergriffe auf (indigene) Kinder

Die weltweite Me-too-Debatte hat die Aufmerksamkeit auf sexuelle Übergriffe gegen Frauen gelenkt. Noch relativ unbemerkt sind Übergriffe, die indigene Kinder vor allem von Seiten ihrer Lehrer erfahren.

Schon lange gab es Hinweise auf sexuelle Übergriffe auf Schulmädchen in Dörfern der Awajun in der Regenwaldregion Amazonas. Diese wurden nicht ernst genommen bzw. unter den Tisch gekehrt. Dabei sind das keine Einzelfälle. Allein im Distrikt Condorcanqui (Region Amazonas) gab es zwischen 2012 und 2017 über 100 Anzeigen (die Schulbehörde spricht von 60) wegen Vergewaltigungen an Mädchen unter 15 Jahren. Die meisten dieser Anzeigen richteten sich gegen Lehrer oder andere schulischen Mitarbeiter. Dennoch wurden nur zehn Lehrer entlassen. Andere beschuldigte Lehrer wurden an andere Grundschulen versetzt. Bei der Polizei bezeichneten sich die Lehrer auch als „Opfer“ angeblich „frühreifer, aufreizender und unmoralischer Wesen, die sie verführt hätten.

Ein Beispiel: Der Lehrer Luis Eksam Uugkim C. hat eine 15-jährige Schülerin geschlagen, vergewaltigt und sie dann zu einer Abtreibung gezwungen. Nachdem eine couragierte Lehrerin den Fall in der Regionalpresse publik machte, hat sich das Erziehungsministerium eingeschaltet und einen Rechtsanwalt in die Region der Awajun geschickt, um den Opfern juristischen Beistand zu leisten.

Der Verband der Awajun-Gemeinschaften, der Verband der zweisprachigen LehrerInnen und die Lehrgewerkschaft Sutep sind gefordert, sich aktiv für die Kinder einzusetzen.

6.593 Fälle von sexueller Gewalt an Mädchen

Täglich werden Mädchen zwischen 9 und 13 Jahren Mütter in Peru. Die Väter sind meist über 18 Jahre alte Männer. Hauptursache für diese Schwangerschaften ist sexuelle Gewalt. Die staatlichen Frauenschutzzentren mussten im Jahre 2017 6.593 Fälle von sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen behandeln.

Zwar kann die Kampagne gegen Gendergerechtigkeit, die die konservative katholische Kirche zusammen mit rechten evangelikalen Religionsgemeinschaften führt, nicht direkt mit diesen sexuellen Übergriffen in Verbindung gebracht werden. Aber das hinter dieser Kampagne stehende Frauenbild hilft mit, auch Mädchen als sexuelles Freiwild zu sehen. Das wird sich auch nicht durch die neuen Schulbücher ändern, die weiterhin die „typischen“ Rollenaufteilungen von Mann und Frau betonen.

Die peruanische Erziehungsministerin sagte zu, eine Strategie zum Schutz der indigenen Kinder zu erarbeiten. Das soll aus den Schulen heraus geschehen und mit einem interkulturellen Schwerpunkt. Wie aber will das Erziehungsministerium indigene Kinder wirksam gegen Übergriffe schützen, wenn sie es nicht mal schaffen, moderne Geschlechterbilder in den Schulbüchern zu verankern?

(Quellen: La República.pe, Mineducomunicaciones 762, Servindi vom 04.04. und 27.05.2018, Seguro Integral de Salud, Bericht 2017, La Republica 23.06.2018.)

Heinz Schulze

13. Weltwärts-Bewerbung des Welthauses Bielfeld läuft!

Junge Menschen, die einen einjährigen Freiwilligen-Dienst in Peru oder in einem anderen Land des Südens absolvieren wollen, können sich nun beim Welthaus Bielefeld bewerben. Die Bewerbung für den nächsten Durchgang 2019-2020 ist möglich vom

23. Juli bis zum Sonntag, 21. Oktober 2018

Bewerbungen sind nur über das Onlineformular möglich.

Die aktuell zu besetzenden Einsatzplätze sind auf der Webseite des Welthauses einzusehen:

www.welthaus.de/weltwaerts/einsatzplaetze/peru.

Geeignete Bewerber und Bewerberinnen werden eingeladen zu den Peru-Auswahltagen am Samstag, 10. und Sonntag, 11. November 2018

Sie können den Newsletter bestellen über die Website der

Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an

newsletter@infostelle-peru.de

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, von Caritas international, der Erzdiözese Freiburg und der Stiftung Umverteilen

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor, Caritas international und Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.

